

Der aktuelle Fraktionsreport

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag
Mecklenburg-Vorpommern

Ausgabe 34 • Klausurtagung 2. - 4. September 2009

Haushalt 2010/11 muss Schutzschirm für Menschen sein

Vor dem Hintergrund drohender Steuerausfälle und der gravierenden sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise steht der **Entwurf** der Landesregierung zum **Doppelhaushalt 2010/11 auf tönernen Füßen**. Es ist geradezu **unverantwortlich**, wenn die Große Koalition die Aufnahme von neuen Krediten von vornherein ausschließt. Damit entzieht sie der Landespolitik ihre Handlungsfähigkeit, anstatt im Interesse

einer nachhaltigen Entwicklung in der Krise als stabilisierender und gestaltender Faktor zu wirken. Unter Rot-Rot haben wir den Konsolidierungskurs erfolgreich mit eingeleitet, doch die **Wirtschaftskrise hat die Bedingungen dramatisch verändert**. Verantwortungsvolle Haushaltspolitik darf sich nicht ausschließlich nach Kassenlage richten. Sie muss den Anspruch erfüllen, ein **Schutzschirm für die Menschen** zu sein.

Insbesondere muss die **kommunale Finanzausstattung** in den nächsten Jahren **stabilisiert** werden. Die Kommunen müssen immer mehr Aufgaben erfüllen, zugleich werden ihnen aber die Mittel gekürzt. Armut und Arbeitslosigkeit müssen wirksam bekämpft werden, bei sozialen Leistungen und Kulturangeboten darf nicht weiter gekürzt und die Bildungsqualität muss erhöht werden. Pauschale Stellenstreichungen sind abzuleh-

nen, in einigen Bereichen, wie bei der Polizei, ist die Schmerzgrenze längst erreicht, hier wären weitere Einschnitte fatal. Nicht zuletzt muss der **Druck auf die Bundespolitik** erhöht werden. Ein gerechtes Steuersystem würde für mehr Einnahmen für den Staat sorgen, damit notwendige Aufgaben in der Bildung, für soziale Sicherheit, Kultur und vieles mehr angemessen finanziert werden können.

Helmut Holter



Peter Ritter besuchte am Rande der Klausur eine Veranstaltung der Greifswalder Tafel und konnte eine Spende in Höhe von 350 Euro überreichen. Die Freude darüber war groß, auch wenn sich alle einig waren, dass Hartz IV Armut per Gesetz ist und deshalb abgeschafft werden muss. Die Abgeordneten besuchten an den Abenden der dreitägigen Klausur außerdem viele Vereine und Verbände, darunter das „Psychosoziale Zentrum für Migranten“, den Verein „Frauen helfen Frauen“, die Bürgerinitiative „Nein zum Steinkohlekraftwerk“, das Kinder- und Jugendhaus „Labyrinth“, den Greifswalder Seniorenbeirat und die Greifswalder Stadtwerke.

Gedenkstätten für Kultur, Bildung und Demokratie unverzichtbar

Die Linksfraktion bringt sich aktiv in das **Gedenkstättenkonzept** des Landes ein, das gegenwärtig unter Federführung der Landeszentrale für politische Bildung erarbeitet wird. **Gedenkstätten** sind wichtige **Lern- und Lehrorte** und wesentlicher Bestandteil der politischen Bildung. Deshalb hatten wir auf unserer Klausur zu diesem Thema u.a. Praktiker der Gedenkstättenarbeit eingeladen. Wegen der großen Bedeutung von Gedenkstätten für Kultur, Bildung, Frieden, Demokratie und Toleranz ist es wichtig, sich rechtzeitig in die Erarbeitung des Konzepts einzubringen. Gerade das **Jubiläumsjahr 2009** mit bedeutenden Jahrestagen der deutschen Geschichte macht deutlich, dass Beschäftigung mit

Geschichte vielfältig und ausgewogen sein muss, um Schlussfolgerungen für Gegenwart und Zukunft ziehen zu können. Auf der Klausur berichteten Vertreter des „Dokumentationszentrums Prora“ und des Anklamer „Zentrums für Friedensarbeit“ von ihrer Arbeit. Es wurde deutlich, dass **Landespolitik** sich **stärker engagieren** muss, um diese **authentischen Orte zu erhalten**, weiter zu öffnen und möglichst vielen zugänglich zu machen. Unverzichtbar ist vor allem auch die Einbeziehung der Jugend. Aktivitäten wie die des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge auf dem Golm sind dafür ein herausragendes Beispiel.

Peter Ritter

Entwicklungsstrategien aus linker Sicht

Auf der Klausur diskutierten wir „**Entwicklungsstrategien für Ostdeutschland aus linker Sicht**“. Natürlich sind wir in den vergangenen Jahren ein ganzes Stück vorangekommen, aber auch zwanzig Jahre nach der deutschen Einheit sind wir von annähernd vergleichbaren Lebensverhältnissen in Ost- und Westdeutschland weit entfernt. **Zahlreiche Studien** belegen aus unterschiedlichen Perspektiven, dass

in den neuen Ländern trotz Milliardentransfers eine **selbst tragende Entwicklung** noch **nicht in Sicht** ist. Die wirtschaftliche und soziale Einheit sind nicht vollendet, Abwanderung, Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Verunsicherung prägen die Lage immer größerer Teile der Bevölkerung. Der Aufbau Ost als Nachbau West ist gescheitert, wir müssen die eingetretenen Pfade verlassen, um eine

innovationsgestützte selbst tragende Entwicklung zu erreichen. Notwendig ist ein **sozial-ökologischer Umbau der Gesellschaft**, die geprägt ist durch regionale, soziale und **kulturelle Vielfalt**. Es muss viel mehr vor Ort entschieden werden, wie Fördermittel eingesetzt werden. In der Regionalisierung liegt auch eine Chance für Mecklenburg-Vorpommern. Zukunftsfelder für eine positive wirtschaftliche

Entwicklung sind beispielsweise die Energie- und Umwelttechnologie, Gesundheitswirtschaft, maritime Technologie, Bio- sowie Informations- und Kommunikationstechnologie. Erforderlich ist ein **Innovationsschub**, deshalb muss sich Wirtschaftsförderung konsequent auf Bildung, Forschung und Entwicklung konzentrieren. Die Linksfraktion erarbeitet gegenwärtig gemeinsam mit Wissenschaftlern und Praktikern ein „**Leitbild für Mecklenburg-Vorpommern 2020+**“ als Diskussionsangebot an alle, die mit einem „Weiter so“ nicht einverstanden sind.

Helmut Holter

Mecklenburg-Vorpommern - ein Land mit Zukunft?

Diese Frage beschäftigt uns angesichts der unsozialen Politik der Landesregierung in den vergangenen Jahren ständig. Sie war anlässlich der ins Haus stehenden Novellierung des Kindergartenerweiterungsgesetzes auch Thema auf der Klausur. Wir Abgeordneten waren uns mit unseren Gästen einig: Es muss endlich Schluss sein mit dieser unsozialen Kinderpolitik. **Heute** beschließen die Koalitionäre die Kürzung der Mittel für die vorschulische Bildung im Kindergarten sowie der zusätzlichen Mittel für die seit 2005 gestiegenen Kinderzahlen in den Kitas und **morgen** erhalten die berufstätigen Eltern für ihre großen Kitakinder eine teilweise Elternbeitragsentlastung, die in demagogischer Weise dann auch noch „Finanzierung des Vorschuljahres“ genannt wird.

Seit 2006, dem Ende der rot-roten Koalition, wird viel Soziales angekündigt, aber im Grunde nur Unsoziales praktiziert. Wir sind uns deshalb einig: Die entscheidende sozialpolitische Forderung lautet: **Stärkung**

der Qualität der Kindertagesbetreuung. In einer Zeit, in der über 50 Prozent der Kinder in einer Familie leben, deren Eltern arm sind, brauchen alle Kinder einen **beitragsfreien Ganztagsplatz** im Kindergarten. Die Mittel für Bildung und kreative Tagesabläufe müssen erhöht werden. Unsere Forderung aus dem Jahr 2005 nach 11 Millionen Euro ist heute aktuell wie nie, damit endlich alle Kinder aller Altersgruppen altersgerecht und verbindlich gefördert werden können, so wie es das derzeitige KiföG vorsieht.

Eine Stärkung der Qualität der Kindertagesbetreuung ist vor allem eine **Stärkung der Erzieherinnen**. Wir fordern die Beibehaltung der **Fachkraftquote** im Gesetz. Eine Einschränkung im Sinne von „grundsätzlich“ oder „in der Regel“ wird zu einer Unterwanderung des Fachkräftegebotes führen und von uns abgelehnt. Wir fordern eine verkürzte und perspektivisch **akademisierte Erzieherinnenausbildung**, die entsprechend vergütet wird. Wir fordern,

dass die Landesregierung von ihrer Kostenbeobachtungspflicht endlich umfassend Gebrauch macht, damit öffentliche Gelder und Elternbeiträge auch tatsächlich in allen Kindergärten für die Kinder und die Gehälter der Erzieherinnen und Erzieher eingesetzt werden.

Alle Kinder brauchen für ein gesundes Aufwachsen eine **gesunde Ernährung**. Die Verpflegungskosten sollten deshalb in die Betriebskosten eingerechnet werden und für alle Kinder zu Teilen vom Land getragen werden. Die gewachsenen Kinderzahlen im Kindergarten sind Ausdruck einer hohen Wertschätzung. Die gekürzten **Mittel** müssen wieder **aufgestockt** werden. Kindergärten sollten sich zu **regionalen Bildungszentren** entwickeln, die auch durch die Einbindung von Sozialpädagogen – als Brücke zwischen Eltern – Erzieherinnen – Jugendamt – Beratungsstellen und Gesundheitsamt – gestärkt werden.

Dr. Marianne Linke

Volles Programm

Zu Beginn der Klausurberatung verständigte sich die Fraktion auf die Schwerpunkte ihrer Arbeit in der nächsten Zeit. Dazu gehören u. a.

- Die Wirtschaftskrise und ihre Folgen;
- Der drohende Kahlschlag in der kulturellen Landschaft und die Schulpolitik;
- Viele Themen aus dem sozialen Bereich, so soll z. B. das KiföG novelliert und ein Mitwirkungsrecht für Senioren geschaffen werden;
- Der Doppelhaushalt und die kommunale Finanzausstattung;
- Die Entwicklung der ländlichen Räume;
- Der Kampf gegen Rechtsextremismus und Stärkung der direkten Demokratie.

Impressum: Der aktuelle Fraktionsreport wird herausgegeben von der Fraktion DIE LINKE. im Landtag M-V; Tel. 0385/5252500; E-Mail: fraktion@dielinke.landtag-mv.de; 7. September 2009